

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
06/2014 (II)*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Die zweite Junihälfte hat es terminlich wirklich in sich. Am 25. Juni fanden neben einer Sondersitzung des Nationalrats auch ein EU-Hauptausschuss und ein gewöhnlicher Hauptausschuss statt, zu denen auch der Bundeskanzler und der Außenminister geladen waren. Während der EU-Hauptausschuss das anstehende Treffen des Europäischen Rates behandelte, ging es im Hauptausschuss unter anderem um die UN- und EU-Einsätze des Bundesheeres im Kosovo, in Mali, auf Zypern und bei der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen. In der Sondersitzung wurden eine Dringliche Anfrage der Neos an Finanzminister Spindelegger zur Hypo-Sondergesetzgebung und ein Verlangen auf Anfragebesprechung betreffend „Rechtsklarheit durch Insolvenzrecht von Gebietskörperschaften“ behandelt.

Außerdem fanden bzw. finden vom 15.-17. Juni die Konferenz der EU-Ausschüsse (COSAC) in Athen und vom 23.-27. Juni die Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg statt. Vom 26. Juni – 03. Juli folgt dann die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Baku, Aserbaidschan. Davon werde ich Euch dann im nächsten Infoletter berichten.

Auch dieses Mal gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Mittwoch trat auf Antrag der Neos der Nationalrat zu einer Sondersitzung zur Sondergesetzgebung Hypo Alpe Adria zusammen. Die Sitzung wurde von den Regierungsparteien genutzt, um darzulegen, warum eine Abbaulösung mit Gläubigerbeteiligung gewählt wurde.

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer bekannte sich zu einer professionellen Abwicklung der Hypo Alpe Adria und der größtmöglichen Beteiligung der ehemaligen Eigentümer und sprach sich einmal mehr gegen den Konkurs der Bank und damit des Landes Kärnten aus. Bundeskanzler Werner Faymann und der SPÖ ist es zu verdanken, dass die SteuerzahlerInnen die Rechnung für das Hypo-Debakel nicht alleine zu bezahlen haben, sondern diejenigen, die von der Rettung hauptsächlich profitieren, nämlich die Banken, beteiligt werden. Unmittelbar nach der Notverstaatlichung wurde deshalb eine Bankenabgabe eingeführt, die kürzlich gegen die Stimmen der FPÖ verlängert und erhöht wurde. Krainer erinnerte daran, dass die FPÖ Kärnten die politische Hauptverantwortung trägt.

Als ein Zeichen für „verantwortungsvolle Politik“ bezeichnete SPÖ-Abgeordneter Maximilian Unterrainer das Hypo-Sondergesetz. Denn verantwortungsvolle Politik darf sich nicht ausschließlich an Ratingagenturen orientieren, sondern an jener Verantwortung, die der Politik von den WählerInnen übertragen wurde. Er begrüßte die Abbaubank, denn eine unabgewickelte Krisenbank hätte weitere massive Kosten nach sich gezogen. „Wer hier weitere Experimente fordert, hat nichts gelernt. Eine Insolvenz der Hypo wäre gleichzusetzen mit einer Insolvenz des Bundeslandes Kärnten. Wollen Sie 550.000 Menschen und ihr Bundesland in Konkurs schicken? In diesem Fall wären Haus, Wohnung, Auto und Bildung der Kinder unmittelbar in Gefahr geraten und das wird die SPÖ nicht zulassen“, so Unterrainer.

Auch SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter betonte die Verantwortung der FPÖ für die „Hypo-Malaise“. Einen Konkurs, wie von der Opposition gefordert, bezeichnete Matznetter als keine Lösung, weil das in der Sekunde die Insolvenz Kärntens bedeutet hätte. Dann hätte entweder voll der Bund einspringen müssen, oder ein Masseverwalter hätte die aktiven Werte des Bundeslandes veräußern müssen.

Der SPÖ-Abgeordnete erinnerte daran, dass unter der **FPÖ in Kärnten** bis zu **23 Mrd. Euro Landeshaftungen** eingegangen wurden. Klargestellt wurde von Matznetter auch, dass die **Kärntner SPÖ nie den Haftungen zugestimmt** habe. Das einzige Gesetz, dem die SPÖ im Kärntner Landtag zugestimmt hat, betraf die **Beschränkung der Haftungen**.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[SPÖ-Muttonen zum Europäischen Rat: Wählerwille muss akzeptiert und umgesetzt werden \(25.06.2014\)](#)

Konferenz der EU-Ausschüsse (COSAC) in Athen



Vom 15. bis 17. Juni war ich auf der halbjährlich tagenden Konferenz der nationalen parlamentarischen EU-Ausschüsse in Athen. Hauptthemen auf der Konferenz waren natürlich die Ukraine-Krise und die Ergebnisse der Europa-Wahlen. Aber auch die Wirtschafts- und Finanzkrise stand wieder auf der Tagesordnung. Dabei wurde

dieses Mal ein besonderer Fokus auf die Auswirkungen gelegt, die die Krise für Frauen und Jugendliche hat.

Mit Blick auf die Ukraine-Krise begrüßte COSAC die erfolgreich und weitgehend reibungslos verlaufenen Präsidentschaftswahlen in der Ukraine und die hohe Wahlbeteiligung. Russland wurde aufgefordert die russisch-ukrainische Grenze besser zu sichern und dabei mitzuhelfen, den Zufluss von Waffen und Kämpfern in die Ukraine zu unterbinden.

Die Ergebnisse der Europawahlen wurden von den COSAC-Teilnehmern kritisch bewertet. Zwar sei die Wahlbeteiligung höher ausgefallen als befürchtet und auch das erstmalige Auftreten von Spitzenkandidaten wurde positiv bewertet. Die Wahlen hätten jedoch auch einen eindeutigen Anstieg von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit in der europäischen Bevölkerung aufgezeigt. Die Konferenz forderte daher die EU-Institutionen, Regierungen und Parteien auf, zu überlegen, wie sie jeweils am besten zur Bekämpfung dieser Probleme beitragen können.

Kritik äußerte die Konferenz auch daran, dass im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise viele wichtige Maßnahmen und Programme verabschiedet wurden, ohne diese mit einer ausreichend demokratischen Kontrolle durch das europäische und die nationalen Parlamente zu versehen. Hier seien dringend Nachbesserungen nötig.

Die Konferenz zeigte sich zudem sehr beunruhigt darüber, dass die für die Bekämpfung der Krise verfolgten Sparmaßnahmen sich besonders negativ auf die Lebensbedingungen und die berufliche Chancengleichheit von Frauen auswirken. Begrüßt wurden hingegen die verstärkten nationalen und gesamteuropäischen Bemühungen, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Sitzung des Europarats

Vom 23. bis 27. Juni findet in Straßburg die Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) statt. Da sich die Sitzung jedoch unglücklich mit der Sondersitzung des Nationalrats und der Sitzung des EU-Hauptausschusses am 25. Juni



kreuzt, habe ich nur am ersten Sitzungstag teilgenommen. Behandelt wurden am Montag unter anderem der Beobachterbericht des österreichischen Genossen Stefan Schennach zu den Wahlen in Mazedonien sowie die Anerkennung Kirgisisstans

als Partner für Demokratie durch die Parlamentarische Versammlung. Ein großes Thema war selbstverständlich auch der Ukraine-Konflikt. Der Schweizer Genosse Andreas Gross stellte seinen Bericht zu den ukrainischen Präsidentschaftswahlen vor. Am Donnerstag wird der neugewählte ukrainische Präsident Petro Poroschenko nach Straßburg kommen und vor der Versammlung reden.

Bereits am Dienstag hat der US-amerikanische Whistleblower Edward Snowden per Videoübertragung an einer Anhörung des PACE- Menschenrechtsausschusses teilgenommen, in der es um den besseren Schutz von Whistleblowern in Europa ging. Ebenfalls am Dienstag fand die Wahl des Generalsekretärs des Europarates statt. Dabei setzte sich der bisherige Amtsinhaber, der Genosse Thorbjørn Jagland (Foto) aus Norwegen, gegen die ehemalige deutsche Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger durch.

Ein weiteres wichtiges Thema der Sitzungswoche in Straßburg ist der bessere Schutz und ein humanitärer Umgang mit den Flüchtlingen, die über das Mittelmeer nach Europa kommen. Weitere Informationen über die PACE-Sitzung in Straßburg findet Ihr – leider nur auf Englisch oder Französisch – [hier](#).

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at